



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 898 890

B/XIV/256 - 10. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 4	Die ewig junge Sozialdemokratie Bemerkungen zum Wirtschaftsteil des Grundsatzprogramms Von Dr. Heinrich Deist, MdB Mitglied des Präsidiums der SPD	151
5	Eine Hoffnung der Welt ! "Wir sollen dem Roten Kreuz helfen, die Atombomben in aller Welt zu ächten" Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	45
6	Spanische Besucherinflation Vorbereitung für die Aufnahme in die NATO	26
6	Schwimmende Bücherei im norwegischen Hordalande Beispielhafte Kulturleistung	14
7 - 8	Demonstrationen an der Saar Ihre Ursachen und Hintergründe	58

* * * *
* * *

Die ewig junge Sozialdemokratie

Bemerkungen zum Wirtschaftsteil des Grundsatzprogramms

Von Dr. Heinrich Deist, MdB
Mitglied des Präsidiums der SPD

Als in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts die moderne sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland entstand, bezeichneten Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest eine "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist", als das Endziel. Damit wurden Sinn und Bedeutung des Sozialismus klar umrissen: Freiheit für jedermann - nicht nur im politischen Leben, sondern überall, wo Menschen tätig sind; gleiche Entfaltungsmöglichkeiten für alle, d.h. soziale Gerechtigkeit. Es ging der sozialistischen Bewegung immer um Freiheit, um soziale Gerechtigkeit und um die Menschenwürde, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erniedrigt wird. Wer die "Grundwerte des Sozialismus" im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm liest, wird feststellen, dass dieses Ziel sozialistischen Wollens unverändert besteht.

Ein zweites Merkmal kennzeichnet die moderne sozialistische Bewegung: die Erkenntnis, dass der Mensch in grossem Umfang in seinem Fühlen, Denken und Handeln durch seine Umwelt beeinflusst wird. Zu dieser Umwelt gehört vor allem die Wirtschaft, in die der Mensch hineingestellt ist und in der er den grössten Teil seines tätigen Lebens verbringt. Wer den Menschen - d.h. insbesondere den schwachen Gliedern der menschlichen Gesellschaft - eine menschenwürdige Stellung erkämpfen will, der muss die Grundlagen der Wirtschaft so verändern, dass sie den Anforderungen an Freiheit und Gerechtigkeit für jeden besser entspricht, als dies heute der Fall ist. Der Entwurf des Grundsatzprogramms sagt: "Der Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung". Auch in dieser Grundauffassung ist sich die Sozialdemokratie treu geblieben.

Wer aber die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will, der muss die Wandlungen verfolgen und zur Kenntnis nehmen, die sich - fast unmerkbar, aber laufend und nachhaltig - im Gefüge von Wirtschaft und Gesellschaft vollziehen. Wenn die sozialistische Bewegung das nicht täte, geriete sie in Gefahr, mit ihren

politischen Grundsätzen und ihrer politischen Praxis an der Wirklichkeit vorüberzugehen - d.h. unwirksam zu bleiben.

Diese ständige Auseinandersetzung mit dem sich wandelnden Tatbestand stand denn auch immer im Mittelpunkt der geistigen Arbeit des Sozialismus. Als Paul Löbe im Jahre 1921 auf dem Görlitzer Parteitag den Entwurf eines neuen Parteiprogramms, des späteren Görlitzer Programms, begründete, sagte er:

"Das Erfurter Programm wird eine der wichtigsten Urkunden der deutschen Sozialdemokratie bleiben ... Aber wir sind seit seiner Schaffung 30 Jahre in der wirtschaftlichen Entwicklung vorgedrungen. Wir haben die ungeheuerlichsten Umwälzungen der Welt erlebt und müssen daraus unsere Konsequenzen ziehen. Wir leben in einer anderen Zeit als 1891".

Das war im Jahre 1921. Und im Aktionsprogramm der Jahre 1952/54 heisst es:

"Im vorigen Jahrhundert haben Marx und Engels wissenschaftliche Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Seit dieser Zeit haben sich die Bedingungen für den kämpfenden Sozialismus tiefgehend gewandelt. - - -

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands war stets bemüht, ihre Politik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der geistigen Entwicklung zu überprüfen. Sie ist sich bewusst, dass sie ihre Ziele unter den gewandelten Bedingungen der Gegenwart verwirklichen muss".

Darum muss die Sozialdemokratie auch heute prüfen, ob die Mittel, deren Anwendung sie im Kampf um eine Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung fordert, der gewandelten Wirklichkeit entsprechen, d.h. ob sie geeignet sind, uns in der Wirtschaft von heute unserem Ziel näher zu bringen.

Die erste und vorrangige wirtschaftspolitische Forderung lautet: Sicherung eines ständigen Wirtschaftsaufschwungs, Vollbeschäftigung und Steigerung des Lebensstandards. Das stand bisher in keinem früheren Parteiprogramm. Die Erfahrungen und die Erkenntnisse der Wissenschaft bis zum ersten Weltkriege liessen den Schluss zu, dass wirtschaftliche Krisen unvermeidbar seien. Was hat sich nun geändert? Die grosse Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre hat uns gelehrt, dass die Menschen sich mit einer solchen Theorie nicht abfinden dürfen. Diese Krise führte nicht nur zu schweren wirtschaftlichen Verlusten, nicht nur zu einer unerträglichen Verschlechterung aller sozialen Verhältnisse, sondern sie führte geraden Wegs in die nationalsozialistische Herrschaft der Gewalt und des Unrechts. Damit war der Arbeiterschaft der Boden der Demokratie, auf dem

sie allein ihre Ziele verwirklichen kann, entzogen. Ausserdem konnten wir feststellen, dass der moderne Staat über grosse, in früheren Zeiten unbekannte Möglichkeiten verfügt, die Entwicklung der Wirtschaft zu beeinflussen und damit grössere Krisenauswirkungen zu verhindern.

Und darum die neue Forderung: Sicherung des Aufschwungs, Vollbeschäftigung, Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes.

Eine zweite Feststellung: Die meisten Menschen, mit denen wir es heute zu tun haben, kennen nicht mehr den Kampf der Arbeiterschaft um ein erträgliches Lebensniveau, wie er noch zwischen den zwei Weltkriegen, insbesondere aber vor dem ersten Weltkrieg, geführt werden musste. Sie wissen, dass die Feststellung des Erfurter Programms aus dem Jahre 1891, das Proletariat werde immer stärker ausgebeutet, in dieser Form nicht haltbar ist. Sie ernten die Früchte einer jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und politischen Arbeit, die zu einer Steigerung des Lebensniveaus der Arbeitnehmer geführt hat. Sie stehen daher der Formel von der steigenden Ausbeutung der Proletariat zum grossen Teil verständnislos gegenüber. Aber die Menschen von heute wissen, dass ein Arbeitnehmer mit einem Nettoeinkommen von 400 DM monatlich und weniger ein sehr karges Leben führen muss, das unseren Vorstellungen von einem menschenwürdigen Dasein nicht entspricht. Sie wissen, dass es eine verhältnismässig kleine Schicht ist, der etwa die Hälfte des gesamten Volkseinkommens zufließt. Und wenn sie das Wachstum der Grossunternehmungen betrachten, dann bemerken sie, dass nicht nur die Einkommen, sondern auch die Vermögen ungerecht verteilt sind. Darum verlangen wir in dem Entwurf unseres Parteiprogramms eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.

Eine dritte Feststellung: Der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft führt zur Bildung immer grösserer Unternehmungen. Sie haben meist die Form einer Aktiengesellschaft. Nur noch wenige von ihnen werden von Grossaktionären beherrscht; bei den meisten befindet sich das Aktienkapital in der Hand einer grösseren Zahl von mittleren und kleinen Aktionären. Sie sind die sogenannten "Eigentümer"; aber sie haben keinen Einfluss auf "ihr" Unternehmen. Das Kommando über "ihr" Unternehmen führen andere: die leitenden Männer der Gesellschaften, die häufig keine Aktien, also kein "Eigentum" an den Unternehmungen besitzen. Das Eigentum an den Produktionsmitteln hat sich also nicht in der Hand einiger weniger Monopolisten gesammelt. An diesem Eigentum sind die breiten Massen der Bevölkerung, insbesondere die Arbeitnehmer, auch heute nicht beteiligt; aber in einer begrenzten Schicht von Einkommensbeziehern, die sich eine solche Anlage ihres Vermögens leisten können, ist es breit gestreut - und die Zahl dieser "Eigentümer" vermehrt sich stetig. Die Macht - 4 -

über diese Unternehmungen jedoch hat jene moderne Schicht von Wirtschaftsführern, die man mit einem Fremdwort als "Management" zu bezeichnen pflegt: Ihr Einfluss auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, ihre Macht ist gewaltig. Auch in der Politik spielen sie eine Rolle, die mit dem demokratischen Prinzip, dass die Stimme eines jeden Staatsbürgers das gleiche Gewicht haben sollte, nicht mehr vereinbar ist. Darum heisst einer der entscheidenden Absätze im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms:

"Die Bändigung der Macht der Grosswirtschaft ist die zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden".

Wir haben eine weitere Erfahrung gemacht. Überall dort, wo die Wirtschaft in grossem Umfang oder gar vollständig unter das Kommando des Staates gestellt wird, werden auch zugleich die Grundlagen einer freiheitlichen demokratischen Ordnung aufgehoben. Das ist in kommunistischen nicht anders als in faschistischen Ländern. Das ist eine entscheidende Erkenntnis - und niemand anders als Rudolf Hilferding hat sie als erster klar und unmissverständlich ausgesprochen: eine freie demokratische Ordnung ist ohne ein ausreichendes Mass von Freiheit in der Wirtschaft nicht denkbar.

Daraus haben wir im Entwurf des Grundsatzprogramms die Schlussfolgerung gezogen, dass in jedem Einzelfall geprüft werden muss, in welchem Umfange öffentliche, d.h. staatliche Kontrolle, oder die Überführung in Gemeineigentum notwendig und zweckmässig ist; denn wir wünschen, dass diese Massnahmen wirksame Mittel sind, um mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Deshalb handelt es sich für die sozialistische Bewegung auch heute nicht darum, die Forderung nach Gemeineigentum als "Ballast" über Bord zu werfen. Aber die Überführung in Gemeineigentum kann - wenn wir unsere Forderung nach Freiheit und Gerechtigkeit ernst nehmen - nur in einem solchen Umfang und in solcher Form gefordert werden, dass die Grundlagen einer freiheitlichen und gerechten Ordnung dadurch gestärkt, nicht aber gefährdet werden.

Um keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Feststellung aufkommen zu lassen, sei hinzugefügt, dass die Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum heute eine dringende wirtschaftliche und politische Notwendigkeit ist.

So bleibt sich die deutsche Sozialdemokratie als eine freiheitliche sozialistische Bewegung treu. Zugleich zeigt sie, dass sie nicht in alten Formeln erstarret, sondern eine ewig junge Partei ist, die die Mittel ihrer Politik ständig an der veränderten Wirklichkeit überprüft. Diese Wirklichkeit von heute will und wird sie verändern, um die Grundlagen für eine bessere Zukunft zu schaffen.

Eine Hoffnung der Welt !

Von Willy Brandt
Regierender Bürgermeister von Berlin

Das Internationale Rote Kreuz gehört zu den wenigen Gemeinschaften, die den politischen Belastungen einer Zeit standgehalten haben. Es hat schwere Probleme bestanden, zwei grausame Weltkriege. Es ist ein Weltbund des guten Willens geworden, für die Linderung der Not, für den Schutz der Schutzbedürftigen, ohne Ansehen von Nation, Religion oder Rasse.

So ist es nicht verwunderlich, daß an das Rote Kreuz die Frage gerichtet wurde, ob es etwas tun könne, einen Krieg mit atomaren Waffen verhüten zu helfen. Das Rote Kreuz hat sich diese Frage selbst gestellt. Auf seiner internationalen Konferenz in Neu-Delhi im Jahre 1957 wurde eine Resolution ausgearbeitet, die dazu bestimmt ist, Teil der Genfer Konvention zu werden, also Teil jenes Vertrages, dessen Unterzeichner sich zu Mäßigung verpflichten. Die Frage ist nun, ob und wie die Resolution von 1957 zu internationalem Recht gemacht werden kann. Dieses Recht würde zum allgemeinen Verzicht auf atomare Waffen zwingen.

Seit den Tagen von Solferino haben die Männer und Frauen vom Roten Kreuz gewußt, daß sie sich nicht als Schiedsrichter aufwerfen dürften über den Handel in dieser Welt, daß in politischer Überparteilichkeit die humane Möglichkeit ihrer Gemeinschaft lag. Und es hat sich streng an diese Überparteilichkeit gehalten, zum Segen aller, die seine Hilfe erfuhren. Es ist dem Roten Kreuz zu verdanken, wenn Dumdumgeschosse, wenn Giftgase durch internationale Verträge als Mittel der Kriegsführung gebarnt wurden.

Doch nun hat die Kriegstechnik Waffen geschaffen, die zur Selbstzerstörung der Menschheit führen können. Alle Mächte, alle Völker der Welt stehen unter dem Druck der modernen Massenzerstörungsmittel. In den nächsten Jahren wird darüber entschieden werden, ob der Druck gelockert und schließlich genommen werden kann durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung, durch andere Ordnungselemente auf dem Wege zu einer umfassenden Abrüstung.

Die Bemühungen der Staatsmänner können vielleicht wirksam unterstützt werden, wenn die Signatarmächte der Genfer Konferenz daran gehen, die Resolution des Roten Kreuzes ernsthaft zu prüfen und zu beraten. Von heute auf morgen ist gewiß kein Ergebnis zu erwarten. Aber es entspräche sicherlich dem Wunsch und Willen aller Völker, wenn endlich die Vorarbeiten eingeleitet würden, um darüber zu beraten, wie aus einer Empfehlung des Roten Kreuzes gültiges Recht werden kann.

Es wäre, auch darin dem Geist des Roten Kreuzes getreu, eine Überparteiliche Tat. Sie würde nicht über die politischen Spannungen in unserer Welt richten, würde sie nicht ausräumen. Aber sie könnte das politische Klima durch Mäßigung günstig beeinflussen helfen.

Darum gehöre ich zu denen, die meinen, wir sollten - jeder auf seine Art - dem Roten Kreuz helfen, die Atombomben in aller Welt zu ächten.

Spanische Besucherinflation

sp - Die Bundesrepublik ist zum Hauptreiseziel spanischer - franco-spanischer - Politiker geworden. Am Anfang der Besucherreihe steht der spanische Außenminister mit dem klangvollen Namen Fernando Maria Castiella, der heute in Bonn eintrifft, ihm wird noch vor Weihnachten der spanische Wohnungsbauminister folgen, weitere Besuche hoher spanischer Würdenträger sind zu erwarten. Umgekehrt rüsten sich Bonner Minister für den Gegenbesuch. Es scheint sogar nicht ausgeschlossen, daß sich auch der Bundeskanzler in absehbarer Zeit in das Mekka der europäischen Restauration begibt, immer nach dem Grundsatz, daß man sich unter Gleichgesinnten noch am wohlsten fühlt.

Diese Besucheraktivität läßt sich nicht deuten durch die Notwendigkeit, noch offen stehende Fragen zwischen der Bundesrepublik und Franco-Spanien zu klären. Solche Fragen gibt es nicht, außer dem Hunger Francos, seiner angeschlagenen Wirtschaft durch bundesrepublikanische Kapitalinvestitionen die so dringend benötigte Blutauffrischung zu verschaffen. Diese könnte erfolgen, ohne gleich ein halbes Dutzend Minister gegenseitig zu bemühen.

Beiden Bonn-Madrider Gesprächen geht es um mehr als um einige Millionen DM und einen Erfahrungsaustausch; es geht um die propagandistische Vorbereitung der Aufnahme Franco-Spaniens in die NATO. Einflußreiche Kreise innerhalb der Bundesregierung und der Koalition befürworten diese Aufnahme, von der sie sich eine Stärkung Kleineuropas und des politischen Klerikalismus erhoffen. Daß Franco als blutiger Unterdrücker der spanischen Freiheit wohl nicht der geeignete Mann ist, westliche Freiheitswerte zu verteidigen, scheint seine bundesrepublikanischen Freunde freilich nicht im geringsten anzufechten.

+ + +

Schwimmende Bücherei im norwegischen Hordalande

R.H. - Stockholm

In den Fjorden, auf den Inseln und im Binnenlande leben Tausende von Norwegern in abseits gelegenen Einzelgehöften und Kleinsiedlungen. Der Wunsch, diesen Menschen die Sammlungen der Gemeinde-, Schul- und Universitätsbüchereien zugänglich zu machen, hat dazu geführt, daß in vielen Gegenden Bücherei-Autobusse eingesetzt werden. Die von Fahrwegen oft abgeschnittene Insel- und Küstenbevölkerung konnte dadurch aber nicht erreicht werden.

Dieser Tage hat nun von Bergen aus das erste norwegische Büchereischiff seine Jungferntour in die Inselwelt des Hordalandes angetreten. Es hat ungefähr 3 000 Leihbücher an Bord, beschafft aber auf Bestellung auch Bücher aus der Universitätsbücherei in Bergen. Das Schiff wird an 149 Stellen im Hordalande anlegen und dadurch 31 Gemeinden dieser Provinz dem Büchereidienste anschließen. Die Kosten tragen die Stadtverwaltung Bergen, der Staat und die Provinz Hordaland gemeinsam.

+ + +

Demonstrationen an der Saar

A. B. - Saarbrücken

Keinesfalls in das Protokoll des Besuches des Bundespräsidenten paßte am vergangenen Wochenende die spontane Arbeitsniederlegung in den saarländischen Nahverkehrsbetrieben, in vielen Versorgungsbetrieben, ja selbst in vielen Behörden. Während der Bundespräsident optimistisch die zukünftige Entwicklung des Saarlandes auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet beurteilte, demonstrierten über 5 000 Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst gegen die Sünden der Bundesregierung vor und nach der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes. Sie legten die Arbeit nieder, ohne daß sie die Gewerkschaft dazu aufforderte, ohne daß sie die noch tarifgebundene Gewerkschaft in ihrem Rücken wußten.

Die Gewerkschaftsführer haben wochenlang vergeblich gewarnt, sie haben wochenlang vergeblich versucht, die Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst auf die Unzufriedenheit in den Betrieben und Büros aufmerksam zu machen. Erste "wilde Streiks" und eine Protestdemonstration der Gewerkschaft mit nahezu 10 000 Teilnehmern in Saarbrücken hätten als ernste Alarmzeichen aufgefaßt werden müssen. Nur sehr spät entschloß man sich auf der Arbeitgeberseite zu Verhandlungen. Es war eigentlich schon zu spät.

Nicht umsonst gab es bei der Protestdemonstration Pfui-Rufe der Versammelten für Bundeskanzler Dr. Adenauer. Er hatte einst versprochen, daß kein Saarländer bei der Rückkehr zu Deutschland Schaden erleiden sollte. Dieses Versprechen hat er wie so viele nicht gehalten, obwohl die saarländische Landesregierung und die Opposition im Bundestag bis zur letzten Minute gegen die Versuche der Bundesregierung, jede bessere soziale Regelung an der Saar zu beseitigen, gekämpft haben. Aber das war vergebens. "Im Endeffekt wird sich kein Saarländer schlechter stellen als bisher," hatte Bundesarbeitsminister Blank im Bundestag verkündet. Die Wirklichkeit: Im Öffentlichen Dienst an der Saar allein haben die Beschäftigten Kaufkraftverluste bis zu 20 Prozent hinnehmen müssen. Diese 20 Prozent fehlen im Geldbeutel der Arbeiter.

Bei einem Monatslohn von 350 DM ist der Unterhalt einer Familie mit zwei Kindern in Frage gestellt. Dabei war es gerade die Arbeiterschaft, die am meisten für die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland getan hat. Man hat es ihr nicht gut gelohnt.

Die Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst sind bereit, eine zeitlich begrenzte Ausgleichszulage zu zahlen. Die Gewerkschaft dagegen fordert eine ständige Zulage. Sie bestreitet nicht, daß die Löhne an der Saar mindestens so hoch sind wie im übrigen Bundesgebiet, weist jedoch darauf hin, daß trotzdem gegenüber den Löhnen vorher Verluste aufgetreten sind. "Wir wollen nur das, was wir vor dem Tag X gehabt haben, nicht mehr. Wir wollen für die Rückkehr zu Deutschland nicht belohnt, aber auch nicht bestraft werden," sagen die Arbeitnehmer an der Saar.

Das sind alles Fragen, die eigentlich nur die Saarländer berühren, wenn man die Eingliederung des Saarlandes nicht immer als ein Musterbeispiel für die große Wiedervereinigung im Osten hinstellen würde. Und da beginnt es für alle Deutsche eine eminent politische Frage zu werden. Die Mißhelligkeiten an der Saar liefern den Propagandisten in der sogenannten DDR leider nur zu viel Stoff.

Ministerpräsident Dr. Röder (CDU) hat Bundespräsident Dr. Lübke bei seinem Besuch darauf aufmerksam gemacht, daß die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes nicht ganz so durchgeführt wurde, wie es die Regierung und die Bevölkerung des Saarlandes gewünscht hätten. Vielleicht hat aber noch mehr die spontane Arbeitsniederlegung während seines Besuches ihm gezeigt, daß die Eingliederung des Saarlandes zwar ein Beispiel für die große Wiedervereinigung ist, aber nur ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel